



Themen über Themen: „Kirsches“ Beitrag zur aktuellen Situation der Polizei Hamburg

Personalversammlungen haben vielfältige Ziele: Sie dienen unseren Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Polizei, durch entsprechende Beiträge und Fragen mehr davon zu erfahren, was in der Polizei passiert. Und die drängendsten Probleme liegen auf der Hand: Personalmangel, Attraktivität, Einsatzbelastungen, Beförderungsperspektiven für Beschäftigte und Beamte, ...

Der GdP-Landesvorsitzende Gerhard Kirsch hat auch auf der Ende November stattgefundenen Personalversammlung aus Sicht des Landesbezirks schwierige Felder, auf denen unbedingter Handlungsbedarf ist, angesprochen. Dabei zählt natürlich das gesprochene Wort.

„Vielleicht ist es dem einen oder anderen aufgefallen – lieber Freddie hier, lieber Ralf da – da fehlt mir die fachlich gebotene Distanz in Eurem Interesse und der Respekt vor dem Amt.

Wir sitzen nicht zusammen in der Sandkiste, sondern haben endlich die drängenden Probleme unserer Kolleginnen und Kollegen zu lösen, jeder in seiner Rolle.

Kolleginnen und Kollegen, Herr Sport-, Innen- und Migrationssenator, Herr Staatsrat, Herr Polizeipräsident, Mitglieder der Polizeiführung, wir stehen als Polizei und als Gesellschaft inmitten einer einzigartigen und **noch nie** dagewesenen Herausforderung. Die ständige Überforderung der Polizei ist mit Händen zu greifen. Eine Welt, die sich rasant verändert, ein enormer Zustrom von Menschen aus anderen Kulturkreisen – dies löst in unserer Gesellschaft Verunsicherung und Ängste aus, aber eben auch menschliche Hilfsbereitschaft. Das die Politik Lösungen zur Entspannung der Lage zu finden und umzusetzen hat – und dies unter enormem Zeitdruck – steht außer Zweifel



Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP Hamburg

und wer hält der Politik den Rücken frei? Werden diese Lösungen dann nicht schnellstens umgesetzt, ist lt. BKA ein deutliches Anwachsen extremistischer Gewalt zu befürchten.

Die Menschen, die kommen, kann man nicht wegdiskutieren oder aufhalten – sie sind da und damit muss man umgehen. Das wird ganz sicher nicht in einem halben Jahr erledigt sein. Wichtig ist dabei, dass wir als Gewerkschaften um keinen Preis zu den Scharmachern zählen dürfen, die zur weiteren Destabilisierung der Situation beitragen. So wird z. B. die Forderung nach dem Bau von Grenzzäunen doch wohl eher als Aufforderung verstanden, sich noch schnell auf den Weg nach Deutschland zu machen.

Dem Senat muss zudem die Frage gestellt werden, ob man angesichts der sich langfristig, über mehrere Legislaturperioden anbahnenden Auswirkungen der Flüchtlingssituation, wünschenswerte und teure Großprojekte nicht doch einer anderen Bewertung unterzieht.

Dies vorausgeschickt, kommen nun all die ungelösten Problemfelder, die wir seit Jahren beschrieben haben, wie

- Nachwuchsgewinnung,
- Berufsperspektiven,
- Überalterung,
- Überlastung,
- Krankheitsquote zum Tragen.

Diesem entgegenzuwirken muss doch endlich absolute Priorität haben!

Ohne Mühe hätte ich hier meine Rede aus dem letzten Jahr halten können. Herr Senator, ich will Sie doch auch mal loben – Heilfürsorge, Umgang mit Dienstunfällen war letztes Jahr – und was haben wir in diesem Jahr?

Sie haben fünf Ringe in den Augen und ich habe jeweils einen unter den Augen – weil ich trotz aller Anstrengungen nicht sehen kann, wie es politisch-strategisch mit der Hamburger Polizei weitergehen soll.

Die dauerhafte Überlastung des Vollzuges muss verhindert werden – und deshalb gilt.

KONZENTRATION auf das Wesentliche, Herr Sportsenator, das hat die Parole zu sein!

Schauen Sie hinter sich – das sind die, für die Sie die Verantwortung haben – die sind auch noch da und die warten auf Ihre Entscheidungen! Die warten darauf, was Sie ihnen in Zukunft an Perspektiven bieten werden – die halten jeden Tag aus und zum Großteil buchstäblich den Kopf hin, um den Laden, um den Rechtsstaat über Wasser zu halten.

Die Stärkung des Kernvollzuges hat deshalb absolute Priorität – schaut Euch die Personalsituation in der DE 3 und in den Schichten an – es fehlen noch immer offiziell 130 Kollegen in der Grundlast. Das ist wie bei den Temperaturvorhersagen bei Wetterberichten – tatsächlich 130 – und da fragen Sie mal die Kolleginnen und Kollegen in den Schichten – gefühlt ist es das mehrfache, denn z. B. die Streichung von DV und DF verhindert die Regeneration, Verstärkungen der Grundlast aus anderen PK-Bereichen sind an der

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Tagesordnung und an einigen PK findet schon jetzt keine nennenswerte Zivildhandlung mehr statt.

Hinzu kommt, dass die Zusammenarbeit K-SCH von den Separatisten mit Elitedenken in unserer Hamburger Polizei nachhaltig beschädigt wurde.

Die Belastung der DE 3 ist exorbitant – sie muss von Objektschutzmaßnahmen freigehalten werden – und das geht nur mit einer personellen Aufstockung der DE 14.

Der Polizeihauhalt muss auf verfügbare Reserven durchforstet werden – und auch Polizeishow, Polizeimuseum müssen auf den Prüfstand – zwar alles nett zu haben, aber können wir uns das wirklich noch leisten? Frei werdende Mittel sind im Personalhaushalt einzusetzen, denn nur der Mensch macht es – wir machen es!

Es ist ja immer einfach zu sagen – z. B. ProBeSt ist an allem schuld – Nein, das ist falsch – es liegt im Kern daran, dass keine politischen Entscheidungen getroffen werden. Es liegt daran, dass

Sie sich – Herr Senator – in den Augen vieler Kolleginnen und Kollegen, zurückgezogen haben.

Wie bei Ihnen, so auch bei uns: Jeder Zugführer, jeder Sachgebietsleiter, jeder DGL hat Entscheidungen zu treffen, die er niemandem anderen überlassen kann – weil er/sie allein am Ende die Verantwortung dafür tragen muss!

Niemand möchte später mal sagen – und ich im Übrigen auch nicht:

Das fortwährende politische Versagen und Zaudern war auch eine Form der Zuverlässigkeit.

Wenn ich also höre, dass die CDU die 5 Euro DüZ fordert, so frage ich mich – da ja die Forderung mindestens aus der Zeit herrührt, als unser PR-Vorsitzender noch Landesjugendvorsitzender der GdP war und demnach auch schon zu CDU-Regierungszeiten bestand – was haben die denn damals am Regierungsruder gemacht? Damals wie auch heute kostet Sicherheit nun mal auch Geld und ist nicht zum Nulltarif zu bekommen.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen – wir haben es satt, von wem auch immer, wieder und wieder mit der schwarzen 0 hingehalten zu werden! Wir haben die Lippenbekenntnisse und Worthülsen satt – WIR WOLLEN ENDLICH TATEN SEHEN!

Auf der anderen Seite – Taten sehen wir genug; es sind aber leider nur Straftaten!

Der Krankenstand liegt bei 10,4 Prozent! Das sind 1000 Kolleginnen und Kollegen – Tag für Tag, die fehlen! Man müsste schon taub sein, um dieses Alarmsignal zu überhören. Jedes Unternehmen in der ‚freien‘ Wirtschaft wäre bereits pleite – das Problem kann man nicht allein auf Gesundheitslotsen abwälzen – das ist und bleibt eine zentrale Führungsaufgabe, Herr Polizeipräsident!

Und das erschöpft sich auch nicht damit, wenn Sie, Herr Meyer, die Apothekenrundschaue zur Beilage des HPJ und zur Pflichtlektüre machen sollten.

Ein hoher Krankenstand, und damit meine ich nicht den erkältungsbedingten – ist u. a. ein sicherer Hinweis auf das Vorhandensein gravierender Mängel in der Hamburger Polizei.

Arbeitsdruck, Arbeitsklima, Führungskultur und das zum Teil ungehemmte Ausnutzen der Kolleginnen und Kollegen haben auch dazu geführt, dass mittlerweile ein Zustand eingetreten ist, bei dem die psychischen Erkrankungen auf dem Vormarsch sind.

Nun höre ich, dass Kollegen bereits anderen Ärzten und nicht mehr dem Bundeswehrkrankenhaus zugewiesen werden. Hier scheint sich der PÄD erneut zu verselbständigen – das muss überprüft und hinterfragt werden.

Für die GdP hat unter anderem die Nachwuchsgewinnung Priorität – unser Nachbarland Schleswig-Holstein hat flächendeckend das Einstiegsamt A 8 eingeführt, während wir in Hamburg von Projekt zu Projekt hüpfen. Im GdP-Land SH war das möglich – nur hier in Hamburg werden keine Entscheidungen getroffen – und wenn, die falschen! Wenn ich das mal sportlich vergleichen darf, Herr Sportsenator: Unsere politische Führung startet vielleicht und leider erst dann, wenn die anderen schon beim Duschen oder bei der Siegerehrung sind.

Die Vorschläge ProBEST liegen vor – es fehlt die politische Entscheidung! Und wenn man schon dabei ist, dann macht doch endlich Nägel mit Köpfen – führt die zweigeteilte Laufbahn ein, mit der entsprechenden zügigen und qualifizierten Überleitung des gesamten m. Dienst in den geh. Dienst.

Das ist unabdingbar – weil nur so der Polizeiberuf seine angemessene Bewertung erhält und wir nur so auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Mit dieser Forderung stehen wir ja als GdP nicht mehr allein – die Kollegen der DPoIG sind ja nun auch auf diese Forderung eingeschwenkt – wofür ich Dir, Joachim, herzlich danke!

Natürlich müssen auch die Ausbildungskapazitäten personell unterlegt werden – aber es gibt auch gewaltige Vorteile – z. B. das Überwiegenheitsprinzip bei der Auswahl zum LA II schwächt de facto den Vollzug – also her mit der zweigeteilten Laufbahn, her mit der einheitlichen Ausbildung und späteren spartenspezifischen Qualifizierung – und Schluss mit der fortschreitenden Spaltung der Hamburger Polizei!

Eine weitere Aufgabe wird auch sein, im Rahmen der Integration von Einwanderern mittelfristig noch mehr geeignete Bewerber mit Migrationshintergrund zu rekrutieren, weil wir ihre Köpfe und das, was in ihren Köpfen ist brauchen, nämlich ihre sprachliche und kulturelle Kompetenz aus ihren Herkunftsländern.

Schon jetzt, Herr Model, muss deshalb der Ausbau der interkulturellen Fortbildung unverzüglich in Angriff genommen werden.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438



VERSAMMLUNG

Jede Krise ist auch eine Chance.

Dies gilt auch und insbesondere für den Sport- und Innensenator bzw. für den Innen- und Migrationssenator, der er de facto schon ist.

Wir müssen auch in die Hufe kommen, so schafft z. B. die Bundespolizei 3000 neue Vollzugsstellen und verstärkt das BKA – weil u. a. die Befürchtung besteht, dass der Rechtsterrorismus sich wie zu den schlimmsten RAF-Zeiten entwickeln wird.

In Hamburg muss deshalb mindestens sichergestellt sein, dass die 7700 Vollzeit-Vollzugsstellen auch verlässlich besetzt sind und die Finanzierung gesichert ist.

Wir haben das Problem, dass mittlerweile 10 bis 14 Prozent derjenigen, die die Ausbildung bei der Polizei Hamburg beginnen, sie nicht abschließen. Ein weiteres Alarmsignal, das zudem auch richtig teuer ist.

Ich hatte die Führungskultur angesprochen – wie sieht es eigentlich mit unserem internen Umgang aus?

Viele Kolleginnen und Kollegen, die sich an mich wenden, beklagen sich über den technokratischen, geschäftsmäßigen und gefühlskalten Umgang mit Ihnen. Nun – das wird sich hier und da auch in Zukunft nicht ändern lassen – aber es ist nach meiner Auffassung schon so, dass sich viele Probleme mit einem entsprechenden Fingerspitzengefühl oder schlicht mit einer entsprechenden menschlichen Komponente lösen lassen bzw. gar nicht erst entstehen würden. Ich glaube, dass wir auch daran arbeiten müssen.

Wir haben es wiederholt erlebt, wie einzelne Menschen durch gezielte Informationen aus unserer Behörde an Medien regelrecht vorgeführt wurden.

Is fecit, huic prodest

Für die wenigen Nichtlateiner: Der hat es getan, dem es nützt.

In Wirklichkeit nützt es niemanden – meine Hand bleibt immer ausgestreckt – auch und gerade gegenüber denen, die das gemacht haben.

Pulvis et umbra sumus (Horaz)

Wir sind nur Staub und Schatten.

Es geht deshalb nicht um mich oder andere Einzelpersonen – es geht immer um Euch alle, um Eurer Wohlergehen, Eure Familien und Eure Lebens- und Berufsperspektiven.

Und solange ich es vermag, werde ich kämpfen, werde ich Klartext sprechen und für Euch da sein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

Gerhard Kirsch,

Landesvorsitzender der GdP Hamburg

JUNGE GRUPPE (GdP) Hamburg und DKMS...



Gewerkschaft der Polizei Hamburg

...führen am Dienstag, den 8.12.2015 von 9 - 13.00 Uhr eine Typisierungsaktion an der Akademie der Polizei im Raum 304 durch.

Es ist keine Anmeldung für die Teilnahme an dieser Aktion erforderlich.

Geldspenden können gerne vor Ort abgegeben werden.

Gemeinsam können wir die Dinge zum Besseren bewegen, packen wir's einfach an!



&



Also sei dabei! Bei Fragen:

GdP Hamburg
Tel.: 040 - 280896-0
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp.de/hamburg

Deutsche Knochenmarkspenderdatei
Tel.: 07071 / 943-0
post@dkms.de
www.dkms.de

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg, Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg

www.gdp.de/hamburg



Anzeige



Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

Eine Sehnsucht verschenken?



Ein Reisegutschein vom Polizeisozialwerk bringt die Augen zum Leuchten!

Sie wissen ja, die Deutschen reisen gerne.
Rufen Sie an oder kommen Sie vorbei, legen Sie die Summe selbst fest und verschenken Sie den Gutschein. Der Beschenkte kann dann eine Reise, Mietwagen, Flug oder ein Event aus unserem vielfältigen Sortiment aussuchen.

Wir freuen uns auf Sie!
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg
Tel: 040 / 28 08 96 22
Fax: 040 / 28 08 96 27
Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de
www.psw-hamburg.de



ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Weg frei für die zweigeteilte Laufbahn?

Bereits vor über 20 Jahren wurde im Rahmen der „Kienbaum-Studie“ festgestellt, dass die Aufgabe des Polizeibeamten Aufgabe des gehobenen Dienstes ist. Und während die Anforderungen in den zurückliegenden Jahren massiv angestiegen sind, sich rechtliche Voraussetzungen intensiviert haben und in allen Bereichen Personal abgebaut wurde, hatte man sich in Hamburg unter der Führung eines schwarz-grünen Senats für die verfassungswidrige Einführung des „LVM“ entschieden. Doch jetzt gibt aus dem Bereich von ProBeSt Signale, sich endlich dieser aus Sicht der GdP einzig vernünftigen und dringend notwendigen Lösung zu widmen: Der Einführung der zweigeteilten Laufbahn.

Vergangenes vergessen?

Während die Einführung des LVM unter großem und ausdrücklichem Jubel der anderen Berufsorganisationen erfolgte, ist nun eine richtungsweisende Veränderung der Forderungslage erfolgt. Offensichtlich ist hier so viel Kreide zur Verfügung gestellt worden, dass Forderungen nach

Sonderlaufbahnen oder die Rückkehr eines „LVM“ aus den vorhandenen Publikationen nicht mehr erkannt werden kann. Und über diesen Sinneswandel ist die GdP ausdrücklich erfreut, schafft dies doch endlich eine Einsicht, die bereits vor Einführung des LVM notwendig gewesen wäre.

ProBeSt: Das „Ein-Zugang-Modell“

Eingangsammt für den Beruf des Polizeibeamten in A 9. Sukzessive Überleitung der noch im mittleren Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen der Schutz- und Wasserschutzpolizei.

War dies wirklich so schwer auf den Weg zu bringen? Die GdP auf Bundes- und Landesebene fordert genau dies seit Jahrzehnten. Viele andere Landesregierungen haben diesen unumgänglichen Schritt bereits vor Jahren getan. Das dies neben einer Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs auch einer gerechten Bewertung dient, ist kaum mehr der Rede wert, da es einfach eine Selbstverständlichkeit wäre.

Was ist noch wichtig?

Allein der Einstieg über das Eingangsammt A 9 ist der bedeutsame Schritt. Damit darf aber die berufli-

che Perspektive nicht nur auf A 9 und A 10 ausgerichtet sein. Mit entsprechenden finanziellen Hinterlegungen ist eine Stellenstruktur zu schaffen, die Aufstiegschancen nicht nur ermöglicht, sondern diese auch ausdrücklich beinhaltet.

Außerdem ist ein weiterer, aus Sicht der GdP unabdingbarer Schritt zu gehen: Ein Studium an der Akademie, dessen Ziel es ist, für den umfassenden Beruf des Polizeibeamten fundiert und auf allen Gebieten qualitativ hochwertig auszubilden.

Erfahrungen im Beruf sammeln und sich anschließend für weitere Aufgaben zu qualifizieren. Ein breites Fundament setzen, um persönliche Fähigkeiten und Neigungen später in den erfolgreichen Fokus der eigenen Aufgabe zu stellen.

Die GdP Hamburg wird die in Aussicht stehenden Entscheidungen mit großem Interesse konstruktiv begleiten. Die Entscheidung, lediglich einen Zugang für den Polizeiberuf vorzusehen, muss nun zeitnah getroffen werden, in ihr besteht die wesentliche Chance für die Polizei Hamburg.

Gerhard Kirsch,
Landesvorsitzender GdP Hamburg

DROGENSYMPOSIUM DER GdP

Cannabis-Modellversuch in Hamburg zunächst gestoppt

Das Projekt zum kontrollierten Verkauf von Cannabis wird derzeit nicht realisiert. Dies teilten SPD und Grüne am Rande einer Senatsanhörung mit. Danach ist der Versuch gescheitert, im Schanzenviertel einen Modellversuch zur kontrollierten Cannabisabgabe wie in den Niederlanden zu realisieren.

Im Rahmen des Anfang Oktober veranstalteten Drogensymposiums der GdP wurden in einer ausführlichen Diskussion um ein Cannabiskontrollgesetz viele Fragestellungen bewegt. Ziel eines Cannabiskontrollgesetzes

sollte es sein, Cannabis aus den strafrechtlichen Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes herauszunehmen. Stattdessen würde ein strikt kontrollierter legaler Markt für Cannabis eröffnet. Bislang würden Jugendliche nicht durch ein strafrechtliches Verbot vom Cannabiskonsum abgehalten. Glaubwürdige Prävention und wirksamer Jugendschutz ist durch einen Schwarzmarkt nicht erkennbar. Darüber hinaus sei der illegalisierte Handel nicht effektiv zu kontrollieren. Demgegenüber stehen noch viele offene Fragen und vorhandene Möglichkeiten, das BMTG entsprechend anzupassen. Dabei ist die Position der

GdP eindeutig, da zumeist ein entsprechender Mischkonsum das Risiko der Folgen des Drogenkonsums deutlich erhöht: „Immer häufiger nehmen Konsumenten beispielsweise natürliches Cannabis, synthetische Drogen wie Amphetamin zusammen mit Alkohol zu sich. Dieser Mischkonsum macht Menschen unberechenbar und stellt für ihre Umgebung eine große Gefahr dar. Darauf müssen sich auch Polizistinnen und Polizisten immer mehr einstellen“, sagte Dietmar Schilff, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, zum Auftakt des zweitägigen hochkarätig besetzten Drogensymposiums in Berlin. **Jörn Clasen**



Volles Haus – eine erfolgreiche Info-Veranstaltung der AG „Beihilfe“

Seit Längerem liegt dieses Thema, die Beihilfe und deren Bearbeitungszeiten, der GdP im „Magen“ und am „Herzen“ und wir haben hier in den letzten Jahren immer wieder intensive Gespräche gemeinsam mit dem DGB und dem Personalamt sowie der ZPD geführt.

Wir berichteten mehrfach in der „DP“ zu diesem Thema seit 2012. So konnten besonders kritische Fälle bevorzugt abgearbeitet werden und auf Initiative der GdP hat sich beim DGB eine Arbeitsgruppe „Beihilfe“ mit den Einzelgewerkschaften GEW und ver.di Anfang des Jahres gebildet. Ein Ergebnis der AG „Beihilfe“ war, umgehend eine Info-Veranstaltung für die interessierten und betroffenen Beihilfeberechtigten/Versorgungsempfänger abzuhalten. Die Einladung erfolgte nun für den 13. Oktober 2015, um im „Curio Haus“ den eingeladenen Gästen des Personalamtes und der ZPD die Möglichkeit zu geben, die Situation der Beihilfe zu schildern und Wege einer schnelleren Bearbeitung der Anträge aufzuzeigen.

Nach einer Einführung gab die Moderatorin der Veranstaltung, Kollegin Birgit Rettmer (GEW), dem Leiter der Abteilung Personalservice in der ZPD, Herrn Sebastian Lindhof, das Wort. Herr Lindhof nutzte nun engagiert die

Gelegenheit, in seinem Vortrag anhand einer PowerPoint-Präsentation (PPP) die Situation und Probleme in der Sachbearbeitung sowie die beabsichtigten Neustrukturierungen zu einer verbesserten Bearbeitung der Beihilfeanträge zu präsentieren. Der Vortrag von Herrn Lindhof begann mit einem Einführungstext zur Beihilfe *„Die Beihilfe ist ihrem Wesen nach eine Hilfeleistung, die neben der zumutbaren Eigenbelastung des Beihilfeberechtigten nur ergänzend in angemessenem Umfang einzugreifen hat, um in einem durch die Fürsorgepflicht gebotenen Maße die wirtschaftliche*



Das Thema traf auf großes Interesse

Lage des Beamten oder Versorgungsempfängers durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu erleichtern. Es ist nicht Sinn der Beihilfevorschriften, dem Beamten jegliche finanzielle Belastung infolge Krankheit abzunehmen, vielmehr ergibt sich schon aus dem ergänzenden Charakter der Beihilfevorschriften, dass der Beihilfeberechtigte im Einzelfall Härten und Nachteile einzurechnen hat, die sich aus der pauschalierenden und typisierenden Konkretisierung der Fürsorgepflicht durch die Beihilfevorschriften ergeben und die keine unzumutbaren Belastungen bedeuten.“ Herr Lindhof führte aber auch aus, dass es sich hierbei nur um die Grundlage des theoretischen Rahmens handelt. In der Praxis geht die ZPD immer pragmatisch vor und interpretieren den Rahmen sehr kundenorientiert und versucht so weit wie möglich den jeweiligen individuellen Umständen gerecht zu werden! Die PPP stellte Herr Lindhof den Gewerkschaften zur Verfügung, die in der jeweiligen Homepage der Gewerkschaften eingestellt wird. Die anschließenden Fragen aus dem großen Themenspektrum, welche aus dem

Plenum kamen, wurden souverän und überwiegend zufriedenstellend durch Herrn Lindhof (ZPD) und den Gewerkschaftsvertretern beantwortet bzw. Herr Lindhof beantwortet die Fragen schriftlich, welche vor Ort nicht gelöst und beantwortet werden konnten und übersendet diese an den DGB, der „AG Beihilfe“, in der diese dann weiter bearbeitet und vertieft werden. Der fast dreistündige informative und konstruktive Verlauf der Veranstaltung hat die Initiatoren der Veranstaltung bestärkt, dass wir in der AG „Beihilfe“ des DGB weiterarbeiten müssen, um zu einem besseren Ergebnis zu kommen, wie z. B. ein vereinfachtes Antragsverfahren, schnellere Bearbeitungszeiten und unser oberstes Ziel, die Einführung einer Krankenkassenkarte und eine Krankenhaus-Direktabrechnung

mit der ZPD, welches noch ein langer Weg sein wird. Wir wissen aber auch, wer nichts tut – hat schon verloren!

Wir danken der ZPD (Herrn Lindhof) für den sehr guten Vortrag und den Beantwortungen der vielen Fragen aus dem Plenum und hoffen nun, dass es im ersten Schritt mit der Einführung der „E-Beihilfe“ zu einem schnelleren Bearbeitungsverfahren kommt.

Wir möchten aber auch nochmals feststellen, dass die Kritik der langen Bearbeitungszeiten sich nicht gegen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der ZPD richtet, diese verrichten eine gute Arbeit, müssen aber auch Perspektiven sehen, dass ihre dortige Arbeit lohnenswert und ein Wechsel in eine andere Verwaltungseinheit nicht notwendig ist! Um zu einer zukünftigen Verbesserung zu kommen, ist die Behördenleitung und die Politik gefordert. Die Veranstaltung hat uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und mit dieser Art der Veranstaltung fortfahren werden.

**Klaus-Peter Leiste,
GdP-Mitglied AG „Beihilfe“ im DGB**

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**


Firmenungebundene
Auftragsannahme



VORSTELLUNG

Neuer Innenstaatsrat bei der Seniorenversammlung am 13. 10. 2015

Der neue Staatsrat der Behörde für Inneres und Sport – Bereich Inneres – Hamburg, Bernd Krösser, ließ es sich nicht nehmen, trotz der besonders angespannten Flüchtlingslage zu uns zu kommen. Hierfür unseren besonderen Dank!

Natürlich war es in gewisser Hinsicht ein Heimspiel im Hause Polizei! Von der Pike auf hat Herr Krösser die Polizeiarbeit kennengelernt und als Dienstgruppenleiter und Polizeikommissariatsleiter unmittelbare Führungsverantwortung erlebt. In der Innenbehörde, in unterschiedlichen Funktionen, bekam er den Schlimmsten für noch höhere Aufgaben. Seit wenigen Monaten, mitten in unruhigen Zeiten der unbremsten Flüchtlingsströme und Olympiabewerbung, hat er die

seine wichtige Amt übernommen. Polizeiliche Themen beherrscht er aus dem FF und stieg in seinem Referat sogleich in die aktuellen Themen ein. So bekamen wir den aktuellen Stand zur Flüchtlingssituation in der Stadt, der Olympiabewerbung, der Bekämpfung der Einbruchskriminalität und der damit verbundenen besonderen personellen Belastung für die Polizei vermittelt. Grundsätzlich sollen in Hamburg mit dem Personalbestand die Aufgaben bewältigt werden. Sollte es mit der Olympiabewerbung klappen, käme Unterstützung von der Bundespolizei und anderen Länderpolizeien. Weitere Überlegungen und Umstrukturierungen sollen die Polizei für die Zukunft wappnen. Konzepte, wie zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität, sind sehr erfolgreich und werden auch in anderen Bereichen weiterentwickelt.



Bernd Krösser, Staatsrat der Behörde für Inneres und Sport

Wir wünschen Herrn Krösser für die neue Aufgabe viel Glück!
Ulrich Grill-Kiefer, Seniorenvorstand

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlung der Senioren

Da wir, wie gewohnt, im Dezember keine Mitgliederversammlung abhalten und die Advents- und Weihnachtszeit genießen wollen, möchten wir Euch, liebe Mitglieder des Fachbereiches Senioren, zu unserer nächsten Mitgliederversammlung am 12. Januar 2016 um 15 Uhr ins Personalrestaurant des Polizeipräsidiums herzlich einladen. Auf der Tagesordnung stehen dann folgende Tagesordnungspunkte:

- TOP 1: Begrüßung
- TOP 2: Vorstellung des Beschlusses des Fachbereichsvorstandes Senioren vom 8. 9. 2015.
- TOP 3: Diskussion und Beschluss des Plenums zu TOP 2
- TOP 3: Gewerkschaftlicher Situationsbericht
- TOP 4: Verschiedenes

Der Fachbereichsvorstand wünscht all unseren Mitgliedern und ihren Angehörigen ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein gesundes Jahr 2016.

**Klaus-Peter Leiste,
Fachbereichsvorsitzender Senioren**

REISEANGEBOT

Zwölf-tägige Gruppenreise mit dem Bus nach Norditalien!

Die Seniorinnen und Senioren der GdP Hamburg haben eine Busreise nach Norditalien geplant und vorbereitet. Wir fahren vom 17. bis 28. 5. 2016 mit einem 5*-Fernreisebus.

Für die Übernachtungen sind 4*-Hotels mit Halbpension vorgebucht. Stationen sind u. a. Abona Terme, Venedig, Verona, Reischach und Antholz, mit Besichtigungen einiger geschichtsträchtigen Stätten. Begleitet werden wir vor Ort von einer deutschsprachigen Reiseleitung.

Der Reisepreis beträgt für die zwölf-tägige Rundreise im DZ pro Person 1599 €, im EZ pro Person 1794 €; bei 25 Teilnehmern. Die Eintrittspreise sind im Reisepreis inbegriffen, dazu die Reisekosten-Absicherung.



Wer Interesse an dieser Reise hat und teilnehmen möchte, kann weitere Informationen und Anmeldungen richten an: Wilfried P. Mahnke, Tel. 0 40-5 52 43 51 und mahnkewp@web.de.

Wilfried P. Mahnke



Anzeige



**Am besten heute alles
regeln – am besten GBI
Tel. 040 - 24 84 00**

Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer
sicher – auch bei meinem
Finale auf Erden. Komme,
was wolle: Alles ist jetzt
in besten Händen.

GBI
Großhamburger
Bestattungsinstitut rV

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.

Tel.: 0 40/28 08 96-17

